

3. „Radioaktive Stoffe bei Baumaßnahmen“, Schriftenreihe des sächsischen LfULG Heft 13/2013  
4. Drucksache 5/7686: Antwort

des Ministers für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz vom 16.04.2014 auf die Kleine Anfrage 3287

5. „Vor 50 Jahren stellte die SDAG Wismut die Aktivitäten im Vogtland ein“ von Dr. Rudolf Daenecke, DIALOG 81 – April

2014, Mitarbeiterzeitschrift der Wismut GmbH ●

## Atommüll-Lagerung

# Intransparente Endlagersuche

Am 22. Mai 2014 tagte erstmals die Kommission, die dem Standortsuchgesetz (StandAG) zufolge bis 2016 ein Konzept für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll erarbeiten soll. Über die unbrauchbare Zusammensetzung der mit Politikern, sogenannten Wissenschaftlern und Vertretern der „Zivilgesellschaft“ besetzten Kommission hatte Strahlentelex bereits ausführlich in seiner vorigen Ausgabe berichtet.<sup>1</sup>

Zunächst hatten sich wie berichtet die Anti-Atom- und Bürgerinitiativen sowie die Umweltverbände gemeinsam gegen eine Teilnahme an der Kommission ausgesprochen, weil der Salzstock in Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg bei der Suche weiterhin im Rennen bleiben soll. Dann scherten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und die Deutsche Umweltstiftung aus der gemeinsamen Haltung aus. Im April benannte der BUND seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, den Landschaftspfleger Klaus Brunsmeier. Die Deutsche Umweltstiftung zog nach und sitzt nun mit ihrem Vorsitzenden, dem Kinderbuchautor Jörg Sommer, ebenfalls in der Kommission.

Deshalb kam es am 22. Mai zu Protesten am Erkundungsbergwerk in Gorleben und mit einer Ankettaktion vor dem Tagungsgebäude in Berlin. Die Atomkraftgegner im Wendland und andere Initiativen protestierten gegen die

Einsetzung der Kommission. Sie sind auch ungehalten, weil der BUND und die Deutsche Umweltstiftung jetzt an der Kommission teilnehmen. Die Umweltverbände hätten mit der Entscheidung, in der Kommission zu arbeiten, die gemeinsame Position geschwächt, hieß es. Es sei bitter, ergänzt Jochen Stay von der Initiative „ausgestrahlt“. Gegenüber dem Sender NDR 1 Niedersachsen sprach er von „parteipolitischen Interessen“ innerhalb des BUND.

Aus Sicht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) begann der angebliche Neustart der Endlagersuche am 22. Mai mit einer Fülle von Ungereimtheiten. Bei der angekündigten Transparenz hat die Endlagerkommission gepatzt: Es standen für die Öffentlichkeit lediglich 20 Plätze zur Verfügung. Erst wurde mehreren Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme unter Verweis auf die Begrenztheit der Plätze verweigert, dann war es nicht möglich, frei werdende Plätze spontan einzunehmen, weil der Zugang zum Bundestagsgebäude verweigert wurde, berichtete die Grünen-Landtagsabgeordnete Miriam Staudte. „Und prompt folgte der Vorschlag, Arbeitsgruppen der Kommission sollten nichtöffentlich tagen“, kritisiert Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Zwar sieht das Standortsuchgesetz eigentlich vor, daß die Kommission „in der Regel“ öffentlich tagen soll, doch schon bangten erste „Wissenschaftler“, zu viel Transparenz könne eine offene Debatte erschweren. „Wenn man alles transparent macht, traut sich keiner mehr, etwas auszuprobieren“, meinte der Institutsleiter am KIT Armin Grun-

wald. Das KIT hatte als „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ jahrzehntelang Atomgefahren kleingeredet, Atommüll produziert, bedenkenlos im Meer verklappt und betreibt heute noch sogenannte Transmutationsforschung.

„Wenn diese Kommission am Ende mit knappsten denkbaren Mehrheiten zu Empfehlungen kommt“, warnte Bundestagspräsident Norbert Lammer (CDU) zu Beginn der ersten Sitzung, „befindet sich der Gesetzgeber nahezu in der gleichen Position, als hätte es diese Kommission nicht gegeben.“ Dann bleibe der Streit.

Nachdem sich die Kommissionsmitglieder auf ihrer ersten Sitzung mühsam auf einen nächsten Termin am Montag Ende Juni einigen konnten, sollen nun erst einmal eine Geschäftsordnung und ein Arbeitsplan diskutiert werden. Ursula Heinen-Esser, ehemals Staatssekretärin im Umweltministerium unter Norbert Röttgen und Peter Altmaier, die den Vorsitz der ersten Kommissionssitzung innehatte, warnte bereits: „Wir werden erleben, daß wir bei der nächsten Sitzung an der einen oder anderen Stelle strittig abstimmen.“ ●

## Strahlenschutz

# Strahlenschutz auf amerikanisch

## Prävention ist der einzige wirkliche Strahlenschutz

Unter dem Titel „Prävention ist der einzige wirkliche Strahlenschutz“ berichtet Mary Olson von der US-amerikanischen Bürgerorganisation Nuclear Information and Resource Service über Bestre-

bungen der amerikanischen Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency; EPA), ihre Strahlenschutzrichtlinien von 1977 zu revidieren. Das Ziel der Richtlinien von 1977 sei eigentlich gewesen, die Öffentlichkeit vor der Strahlung zu schützen, die von der Atomindustrie freigesetzt wird. Bei genauerer Betrachtung aller institutioneller Regulierungen auf diesem Gebiet, so Olson, finde man jedoch anstatt einer Beschränkung der Strahlenexposition eher die Genehmigung, Menschen und Biosphäre mit Strahlung zu belasten und damit die Haftung der eigentlich für Schäden verantwortlichen Elektrizitätsgesellschaften zu beschränken.

Olson zufolge haben alle bisherigen „updates“ der Strahlenschutzrichtlinien der EPA (Environmental Radiation Protection Standards for Nuclear Power Operations – 40CFR 190) dazu geführt, daß mehr Radioaktivität in Luft, Wasser und die gesamte Umwelt abgegeben werden durften. Nun hat die EPA eine Vorankündigung der Neufassung der Regulierungen ins Internet gestellt und um Kommentierung bis zum 4. Juni 2014 gebeten. Dabei stehen sechs Fragen zur Kommentierung an:

- Sollte die EPA die Grenzwerte im Rahmen dieser Strahlenschutzrichtlinien als Strahlenrisiko (X Krebserkrankungen pro 1.000 strahlenexponierte Personen) oder als Strahlendosis (X Millirem oder Millisievert) ausdrücken?
- Sollte die EPA die Methodik der Dosimetrie in den Richtlinien auf einen neueren Stand bringen, und wenn ja, wie?
- Sollte die EPA in der revidierten Regulierung Grenzwerte für die Freisetzung von Radionukliden beibehalten,

<sup>1</sup>[www.strahlentelex.de/Stx\\_14\\_656-657\\_S01-004.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_14_656-657_S01-004.pdf)